

Die Linke/Liste Solidarität stellt sich vor:



1. Karl-Heinz Schneckenberger, 72, Vermessungsingenieur, Vorstand Mieterbund Rüsselsheim, Vorstand Kunstverein, Mitglied im Malkasten, BUND, Freiw. Feuerwehr Kö., Königstädter Hofkonzerte
„Politik demokratisieren – Demokratie politisieren“



2. Fatma Yildiz, 56, geboren in der Türkei, 1985 angekommen in Deutschland. Erzieherin und Musikpädagogin im Elementarbereich. Verheiratet, zwei Kinder, Vorsitzende im Verein Friedenshaus. „Multikulturalität ist ein Vorteil“.



3. Dr. Andreas Schwarz, Verwaltungswissenschaftler. „Sozial gerechte Politik auch und gerade in Krisenzeiten. Beibehaltung der freiwilligen städtischen Leistungen. Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben.“



4. Brigitte Rücker, 68, Rentnerin. „Die Stadt für die Klimabelastungen fit machen, ökologische Verkehrsbau, soziale Wohnbau, kulturelle Vielfalt, eine fahrradfreundliche Verkehrspolitik.“



5. Ulas Dilekli
„Alle Menschen in unserer Stadt sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und sich dies auch trauen! Bildung und Kultur für alle fördert die allgemeine Anerkennung gesellschaftlicher Regeln.“



6. Karola Pruschkewitz, 68, Lehrerin. Aktiv in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Engagiert in Schul- und Bildungspolitik. „Ich will ein sozial gerechtes, an den Menschen orientiertes Rüsselsheim.“



7. Lino Casu, 42, „Ich möchte mich für soziale Gerechtigkeit und einen kostenlosen städtischen Nahverkehr einsetzen.“



8. Heike Wieland-Reith, 59
„Mein Engagement gilt besonders der Familien- und Frauenpolitik in Rüsselsheim. Hier gilt: Keine Kürzungen im Bildungsbereich. Für die Erhaltung des Rüsselsheimer Frauenzentrums.“



9. Heinz-Jürgen Krug, 69, aktiv bei attac und in der IG Metall. „Auch in der Kommunalpolitik setze ich mich ein für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Voraussetzung für die Freiheit aller ist.“



10. Judith Neumann
„Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, werden leider immer noch von der Politik und von den Medien als „Faulenzer“ und als „Sozialschmarotzer“ beschimpft. Ich wende mich dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden.“



11. Roman Gasanfar, 31, Student
„Ich setze mich dafür ein, dass Bildung für jeden unentgeltlich zugänglich ist. Auch setze ich mich für Datenrechte und den freien Informationsfluss ein.“



12. Didare Bulut, 22, Sozialrecht-Studentin in Fulda.
„Schon immer spielten Recht und Gerechtigkeit eine wichtige Rolle für mich. Ich empfinde es für wichtig, in einer Gesellschaft zu leben, in der kein Kind der Armut ausgesetzt ist.“



13. Bernd Peter, 55, IT-Consultant, Verdi-Mitglied
„Ich wünsche mir Rüsselsheim als grüne, solidarische und ja auch schöne Stadt. Meine Kernthemen sind Umweltschutz und Städtebau.“



14. Wolfgang Ebenhöf, 70, pens. Lehrer.
„Ich trete ein für eine Welt, in der wir im Einklang mit der Natur leben und deshalb gemeinsam eine lokale Agenda gegen die Klimaerwärmung entwickeln.“



15. Erwin Reith
„Ich bin 64 Jahre alt und von Beruf Smutje. Ich stehe für bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau, kulturelle Vielfalt, eine fahrradfreundliche Verkehrspolitik.“



16. Ralf Becker, 59, Berufsschullehrer, Personalrat.
„Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche eine nachhaltige Perspektive bekommen und Lehrer*innen die Arbeitsbedingungen erhalten, um junge Menschen bestens zu fördern.“



17. Thomas Haas, 53, Gelernter Karosseriebauer; Ex-Nationalmannschaft Kunstturnen und Soldat, nun Hartz IV-Empfänger!
„Ich möchte mich für die unterste Basis der Gesellschaft einsetzen! Aus eigenen Erfahrungen heraus. Gegen Amtsmissbrauch, mehr Empathie in die Ämter bringen!“



18. Arthur Weger, 68, Lehrer
„Für die Überwindung des auf Auslese ausgerichteten gegliederten Schulsystems. Keine Bundeswehrwerbung an Schulen.“



19. Wolfgang Becker, 64, Fahrzeugtechniker.
„Für mehr politisches Bewusstsein im Öffentlichen und im Privaten; solidarisches Handeln im Alltag.“



20. Heinz König, 86, seit 1950 Gewerkschaftsmitglied.
„Ich trete ein für eine friedliche Welt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein Einkommen zu erzielen, welches ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse: Heinz-Jürgen Krug, Dr. Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim

Zur Ortsbeiratswahl in Königstädten kandidieren Karl-Heinz Schneckenberger und Ulas Dilekli.

Für ein soziales Rüsselsheim

Liebe Rüsselsheimerinnen, liebe Rüsselsheimer,

vor 2 Wochen haben Sie unser erstes Infoblatt mit den Einschätzungen zum kommunalpolitischen Wirken der letzten Jahre und den Zielen für die Zeit nach der Wahl am 14. März erhalten. Wie darin angekündigt nehmen wir nun Stellung zu weiteren wesentlichen kommunalpolitischen Themen. Zunächst aber die Erinnerung an wichtige Erfolge der vergangenen fünf Jahre:

- **Mehr U3-Kitas in Verantwortung der Stadt**
- **deutlich mehr Stellen für Erzieher*innen und in den Stadtbüros**
- **Rüsselsheim-Pass für Menschen mit kleinen Einkommen**
- **Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt 5-zügig erhalten und wurde IGS**
- **Straßensozialarbeit wieder eingeführt**
- **Marktplatzbäume erhalten**
- **Keine Kürzungen bei Kultur und Bildung**
- **Mehr Geld für Radwege.**

Für eine demokratische Stadtentwicklung

Wir wollen die wirtschaftlichen und politischen Strukturen der Stadt demokratisch und transparent gestalten. Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Sportanlagen, die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule, Museen und der öffentliche Personennahverkehr allen kostenlos zur Verfügung stehen.

Wir wünschen uns eine Stadt, in der Toleranz selbstverständlich ist, in der alle Menschen gut leben und ihre persönlichen Ziele verfolgen können. Das beinhaltet, dass es in Rüsselsheim keinen Platz für rechtsextreme, neonazistische Betätigung geben darf.

Einige Fehlentscheidungen der letzten Jahre, wie z.B. die geplante Schließung mit Abriss der Gerhart-Hauptmann-Schule, der Großsporthalle und großer Teile des Opel-Altwerks wurden aufgrund des Engagements von Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimern bei Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren korrigiert.

Wir fordern:

- Intensive öffentliche Diskussionen mit den Bürger*innen vor wichtigen Entscheidungen
- Stadtteilbeiräte für alle Stadt- und Ortsteile, mehr Rechte und finanzielle Mittel für die Ortsbeiräte
- auf Bundesebene: Vermögensabgabe für die reichsten 1 Prozent

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen.

... und bei der Kreistagswahl DIE LINKE . Offene Liste wählen!

Migrantinnen und Migranten

Alle Menschen sind gleichberechtigt und haben das Recht auf ein vernünftiges Miteinander! Hierbei spielen die religiösen, ethnischen, sozialen oder weltanschaulichen Gründe ebenso keine Rolle wie das Geschlecht, eine Behinderung, die sexuelle Orientierung oder die Hautfarbe.

Migrationspolitik ist deshalb für Die Linke/Liste Solidarität immer Teil der Sozial- und Bildungspolitik für die gesamte Bevölkerung!

Alle Menschen müssen bei gleicher Leistung gleiche Chancen in der schulischen und später in der beruflichen Laufbahn haben! Diskriminierung aufgrund der Herkunft und einer vermuteten Überforderung in den weiterführenden Schulen muss verhindert werden.

Gesellschaftliches und kulturelles Engagement

Alle Menschen müssen im gesellschaftlichen Leben willkommen sein, ohne Berührungängste haben zu müssen. Die aktive Freizeitgestaltung muss ohne Barrieren für Menschen mit Migrationshintergrund möglich sein, dies insbesondere auch im Hinblick auf das Engagement in eher traditionellen Vereinen und Hilfsorganisationen. Dies sehen wir als wichtigen Punkt um die Akzeptanz allgemeingestaltlicher Regeln zu fördern.

Wir fordern:

- Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten. Solange es spezielle Gesetze (Ausländergesetz) für Nichtdeutsche gibt, benötigen diese Menschen auch eine besondere Beratung. Die Beratung durch die Wohlfahrtsverbände muss durch öffentliche Mittel gefördert werden
- Kommunales Wahlrecht aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen
- Keine Abschiebung von Menschen in Kriegs- und Spannungsgelände oder in Länder, in denen Folter oder Mord drohen

Für gute Ausbildungsbedingungen während und nach Corona

Die Ausbildungsplatz- und Berufswahlfrage wird sich in der Folge der Pandemie verschärfen, gerade kleinere örtliche Betriebe und Geschäftsleute sind in ihrer Existenz bedroht, was Ausbildungsplätze kosten wird. Finanzielle Unterstützung bedrohter Betriebe durch Steuergelder muss an soziale Bedingungen geknüpft werden. Die Linke/Liste Solidarität will sich dafür einsetzen:

- den Abbau von kommunalen Ausbildungsplätzen rückgängig zu machen, insbesondere im Städtenservice Raunheim/Rüsselsheim
- die Heisenbergschule (Kreisberufsschule) bei der Einrichtung vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge zu unterstützen.
- Beratungsangebote durch den Fachbereich Jugendförderung einzurichten, um Jugendlichen und ihren Eltern Informationsmöglichkeiten zu geben und Schwellenängste abzubauen.

Für Rüsselsheim

– eine kinder- und jugendfreundliche Stadt

Die Linke / Liste Solidarität setzt sich dafür ein, dass Rüsselsheim eine

kinder- und jugendfreundliche Stadt wird. Dafür müssen die Betroffenen selbst stärker ins Boot geholt, ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Ihre Mitwirkung ist in vielfältiger Form möglich, dazu müssen sie ermutigt werden. Die Einrichtung des Jugendforums ist dazu ein richtiger Schritt. Heranwachsende können und wollen mehr Teilhabe, das zeigen ihre Aktivitäten wie „Fridays for Future“. Die Linke/Liste Solidarität unterstützt ihre Forderungen zur Abwendung der Klimakatastrophe. Dafür sind wir wenn nötig mit auf der Straße. Weitere Jugendzentren und der Ausbau von Jugendpflege und Jugendbildungswerk sind notwendig, Wahlalter 16 auch.

Frauen

Frauen sind besonders stark von den Folgen des Neoliberalismus in Form von prekären Arbeitsplätzen sowie dem Anstieg sozialer Ungleichheit belastet. Außerdem sind weder die viel beschworene Chancengleichheit noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert, nicht zuletzt wegen fehlender Kinderbetreuungsangeboten. Althergebrachte Rollenklischees, Frauenlöhne die 22% unter denen der Männer liegen und weitgehend die Pflege bedürftiger Angehöriger belasten Frauen. Die steigende Zahl alleinerziehender Frauen benötigt ein zielgerichtetes Angebot an Beratung und Unterstützung. All diesen Problemen widmet Die Linke/ Liste Solidarität besondere Aufmerksamkeit und versucht auf kommunalpolitischer Ebene die Rahmenbedingungen für weibliche Lebensläufe zu verbessern.

Zum Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit und um Benachteiligungen abzubauen ist die emanzipatorische Arbeit mit und für Mädchen und junge Frauen besonders wichtig. Die Mädchenarbeit in kommunaler Regie muss mit einem Konzept und ausreichend finanziellen Mitteln wieder nachhaltig aufgebaut werden. Auch Jungen sind für das Thema Gleichberechtigung in Jugendarbeit und Schule zu sensibilisieren.

Seniorinnen und Senioren

Etwa ein Viertel der Rüsselsheimer Stadtbevölkerung ist 60 Jahre und älter. Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil der älteren Bevölkerung in Deutschland von gegenwärtig 21 auf 29 Prozent im Jahr 2030 steigen wird.

Die Linke Liste Solidarität geht davon aus, dass den Kommunen die Hauptverantwortung für den Umgang mit den hieraus resultierenden Herausforderungen zukommt.

Durch den Sozialabbau der vergangenen Jahrzehnte wird die Altersarmut, insbesondere von Frauen, zu einem immer größeren Problem. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse zum Normalzustand werden lässt, schließt Altersarmut billigend mit ein. Alte Menschen, die trotz langer Lebensarbeitszeit auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ angewiesen sind, können sich nicht die Hilfeleistungen „kaufen“, die das Alter erleichtern. Diese Entwicklung erfordert eine besondere Orientierung der kommunalen Sozialpolitik an ihren Bedürfnissen.

Wir setzen uns ein für:

- Eine verstärkte Umsetzung der Forderungen nach bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen, nach generationsübergreifendem Wohnen, nach selbstbestimmtem und betreutem Wohnen
- Ein neues Rentenrecht, das Gerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbindet (Mindestrente)
- Gesetzliche Regelungen zur vollen Absicherung aller Betroffenen

- im Falle notwendiger Betreuung, begleitender Hilfe und Pflege
- Erhaltung und Ausbau der kommunalen Seniorenarbeit mit offenen Angeboten und der individuellen Beratung älterer Menschen
- Weiterführung und bedarfsgerechten Ausbau des bestehenden, befristeten Programms „Gemeineschwester 2.0“ mit dem Ziel der Vorbeugung vor drohender Vereinsamung, bzw. Unterstützung bei vorhandener Vereinsamung älterer Menschen.

Die Linke Liste Solidarität hat in der letzten Wahlperiode eine erweiterte Mitwirkung des Seniorenbeirates durchsetzen können, so dass die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse den Seniorenbeirat in allen Angelegenheiten, die Senioren betreffen, anhören müssen. Die Vorschläge des Seniorenbeirates zu Drucksachen sind nun in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zu beraten und abzustimmen.

Auch bei der Digitalisierung: SOZIAL – ÖKOLOGISCH – DEMOKRATISCH

Zu einer selbstbewussten Stadt gehört auch der kritische Umgang mit gesellschaftlichen „Trends“, die oft als alternativlos propagiert werden. So geschehen in den letzten Jahren mit der „Digitalisierung“. Prinzipiell verstanden als die Erhebung, Verarbeitung, Übermittlung von Informationen durch Computer (vom Chip in Haushaltsgeräten über Smartphones bis zu Superrechnern). Im Bereich der kommunalen Politik unter dem Schlagwort „Smart City“.

Die Frage ist aber nicht Digitalisierung ja oder nein. Die Auseinandersetzungen gehen vielmehr darum, zu welchen Zwecken Digitalisierung genutzt werden soll: als Teilhabemittel für Bürger*innen, zur Demokratisierung von Entscheidungen, für offene Zugänge zu Daten und zur Verwaltung, für die Lösung von Alltagsproblemen, als Hilfsmittel in Schulen oder – wie noch viel zu oft – als Mittel der Reklame der Herrschenden und der Regierenden, als Überwachungstool, zielführend auf Menschen, die als Anhängsel der „künstliche Intelligenz“ reibungslos funktionieren. Was für die City als smart gelten soll, bleibt weiterhin von gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen abhängig.

Wer hat die Macht über die Daten, wer konzipiert die Algorithmen und also die Zwecke der Programme („Apps“)? Andere Städte haben sich inzwischen mithilfe von Open Software auf den Weg zu partizipativen, demokratiefördernden Plattformen begeben. Rüsselsheim muss also das digitale Rad nicht neu erfinden bzw. sich in totale Abhängigkeit von den berühmt-berüchtigten, zudem noch teuren Datenkraken und großen Beratungsunternehmen begeben.

Es ist darauf zu achten, dass Bürgerbeteiligung und Demokratie ihren Schwerpunkt im analogen Bereich der menschlichen Begegnungen und Aktivitäten haben; dass auch die Menschen, die nicht als „digital natives“ herangewachsen sind, ihre demokratischen Rechte wahrnehmen können.

